

H.-J. Urban (Hrsg.)



# ABC zum Neoliberalismus

Von »Agenda 2010« bis »Zumutbarkeit«

Hans-Jürgen Urban (Hrsg.)  
ABC zum Neoliberalismus

**Hans-Jürgen Urban (Hrsg.)**  
**ABC zum Neoliberalismus**

Von »Agenda 2010« bis »Zumutbarkeit«

Mit einem Vorwort von Jürgen Peters

**[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)**

**[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)**

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**

Die Otto Brenner Stiftung ist die Wissenschaftsfördereinrichtung der IG Metall. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dem Ausgleich zwischen Ost und West.

In der OBS-Schriftenreihe werden grundsätzliche gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Fragestellungen behandelt, die für die Arbeit der IG Metall relevant sind.

# Inhalt

Jürgen Peters: <b>Vorwort</b> .....	7
Hans-Jürgen Urban: <b>Was ist eigentlich Neoliberalismus?</b> .....	9

## ABC zum Neoliberalismus

Agenda 2010 .....	13	Employability .....	62
Aktivierung/ Eigenverantwortung .....	16	Empowerment .....	64
Alltagsreligion .....	19	Enteignungsökonomie .....	67
Alterssicherung .....	21	Erhard, Ludwig .....	69
Anerkennung/ Anerkennungszersfall .....	23	Europäisierung .....	72
Angebotsökonomie .....	25	Finanzialisierung .....	74
Angst/Aggression/ Autoritarismus .....	27	Finanzinvestoren .....	76
Anomie .....	29	Finanzmarkt-Kapitalismus .....	78
Anti-Keynesianische Revolution .....	32	Flexibilität .....	80
Arbeitskraftunternehmer .....	34	Freiburger Schule .....	83
Arbeitsmarkt .....	36	Freihandel (WTO/TRIMs/ TRIPs/GATS) .....	85
Benchmarking .....	38	Freiheit .....	87
Berater .....	40	Friedman, Milton .....	89
Bertelsmann-Stiftung .....	42	»Führe dich selbst!«/ Indirekte Steuerung .....	92
Börse .....	44	Gender .....	94
Bürgergesellschaft .....	46	Generation .....	96
Chicago School .....	49	Gerechtigkeit .....	98
Demografie .....	51	Gesundheit/ Gesundheitspolitik .....	100
Demokratieentleerung .....	53	Gewerkschaften .....	102
Depression .....	55	Global Governance .....	104
Deregulierung/Regulierung .....	57	Globalisierung .....	106
Eliten .....	60	Gouvernementalität .....	108
		Grundsicherung .....	111

Hayek, Friedrich August von .....	114	Ranking .....	183
Hegemonie/		Reagonomics .....	185
Passive Revolution .....	116	Reformsprech .....	187
Humankapital/Familie .....	118	Reichtum/Armut .....	189
Informalisierung .....	121	Rent-Seeking/Rentierstaat .....	191
Initiative Neue Soziale		Risiko .....	193
Marktwirtschaft .....	124	Rule of Law/Rechtsstaat .....	195
Innovation .....	126	Sachverständigenrat .....	197
Institute of Economic Affairs .....	128	Sachzwang/	
Inwertsetzung .....	130	»unsichtbare Hand« .....	199
Kapitalismus .....	132	Shareholder value .....	201
Konkurrenz/Wettbewerb .....	135	Sozialstaat .....	203
Kosten .....	137	Sparpolitik .....	205
Laissez faire .....	139	Staat (Wettbewerbsstaat/	
Leistung .....	141	Marktstaat) .....	207
Lippmann, Walter .....	143	Staat (starker/schlanker) .....	209
Lohnnebenkosten .....	145	Stagnation .....	211
Lohnpolitik/Mindestlöhne .....	147	Standortwettbewerb .....	213
London School of Economics ...	150	Steuern .....	215
Markt .....	152	Stiftungen .....	217
Mises, Ludwig von/		Stress .....	219
Mises-Seminar .....	154	Tarifkartell/	
Monetarismus .....	157	Flächentarifvertrag .....	221
Mont Pèlerin Society .....	159	Think Tanks .....	224
Neoklassik .....	161	Unsicherheit .....	227
Neoliberalismus .....	164	Unternehmen .....	229
Öffentliche Güter .....	166	Vermarktlichung .....	231
Öffentlichkeit, formierte/		Vermögen .....	233
manipulierte .....	168	Washington Consensus .....	235
Ordoliberalismus .....	170	World Economic Forum .....	237
Prekarität .....	173	Zumutbarkeit .....	239
Privatisierung/			
Solidarische Ökonomie .....	176	Autorinnen und Autoren .....	242
Public Choice .....	179		
Public-Private Partnership .....	181		

# Jürgen Peters

## Vorwort

Seit beinahe zwei Jahrzehnten sind wir Zeitzeugen einer allmählichen Veränderung der Sprache und des Denkens: Aus der Arbeitszeitverkürzung für mehr Beschäftigung und humanere Arbeit wurde der »Freizeitpark Deutschland«, aus dem demografischen Wandel die »demografische Zeitbombe«, und Flexibilisierung der Arbeit steht nicht mehr für mehr Freiheit und Selbstbestimmung der Beschäftigten, sondern für die Senkung der Arbeitskosten und die optimale Auslastung der Produktionskapazitäten.

Die Liste der Verdrehungen von Fakten und der Umdeutung von Begriffen ließe sich problemlos erweitern. Sie beschreibt gängige neoliberale Argumentationsmuster, die heute die Kommentarspalten der Tageszeitungen und die Talkshows ebenso beherrschen wie die Parlamentsdebatten oder die wirtschaftswissenschaftlichen Fachdiskurse. Grundlage dieses Denkens ist die Vorstellung, dass persönliches Gewinnstreben und grenzenlose Marktkonkurrenz der schnellste Weg zu allgemeinem Wohlstand sind. Auf den Punkt gebracht lautet die zynische Parole: »Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht.« (F.W. Hayek)

Wie gesellschaftliche »Reformen« im Geiste dieses Dogmas aussehen, liegt auf der Hand: Der Sozialstaat soll zum Wettbewerbsstaat umgebaut werden. Kern dieses Projekts ist der marktorientierte Um- und Rückbau der sozialen Sicherungssysteme: Versicherungsschutz soll zur Privatsache und die öffentlichen Leistungen sollen erheblich eingeschränkt werden. Wer mehr soziale Sicherheit im Alter oder besseren Schutz bei Krankheit will, der muss aus eigener Tasche draufzahlen. Oberstes Ziel ist die Senkung der Arbeitskosten und die weitgehende »Befreiung« der Unternehmen von ihrer sozialen Verantwortung. Nur so, heißt es, könnten Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung gesichert werden. Dass der Staat nach dieser Logik die Steuern senken muss, versteht sich von selbst; und in der Geldpolitik soll er sich auf die Bekämpfung der Inflation konzentrieren. Das Leitbild ist der arme Staat – beschönigend »schlanker Staat« genannt.

Das Leitbild der IG Metall für die Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik steht in deutlichem Gegensatz zu den Dogmen der Marktfundamentalisten. Wir sagen: Der Markt kann als wirtschaftlicher Mechanismus effektiv sein. Er verteilt aber die Erträge auf eine Art, die immer wieder ökonomische Krisen provoziert, Wachstum hemmt und Ungleichheit und Ungerechtigkeit hervorruft. Aus Gründen wirtschaftlicher Effizienz und Gerech-

tigkeit müssen diese Fehlentwicklungen durch den Sozialstaat korrigiert werden.

Ganz in diesem Sinne hat sich die IG Metall gegen neoliberale Politikstrategien positioniert. Sie hat in der Auseinandersetzung mit der Agenda 2010 und der Politik der Großen Koalition ihre eigenen wirtschafts-, finanz-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Reformvorstellungen weiterentwickelt. Mit dem »Arbeitnehmerbegehren« haben wir unsere Öffentlichkeitsarbeit intensiviert, und unter dem Motto »Arbeit – Innovation – Gerechtigkeit: Arbeitnehmerbegehren der IG Metall zur Bundestagswahl 2005« haben wir uns aktiv mit eigenen Reformvorschlägen in den vorgezogenen Bundestagswahlkampf eingeschaltet. Aktuell mobilisieren wir im Rahmen der Kampagne des DGB »Das geht besser« für unsere Alternativen bei Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik.

Unsere Bemühungen werden nur erfolgreich sein, wenn wir einen *alternativen Mainstream* in der Gesellschaft durchsetzen und die Menschen für unsere Sache gewinnen. Das geht nicht auf Knopfdruck, sondern nur mit intensiver Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit. Aufklärung über Denkmuster und Interessen, die hinter neoliberalen Konzepten stehen, und über das Menschenbild des Neoliberalismus und seine riskanten Folgen.

Damit stehen wir nicht am Anfang – es gibt vielversprechende Ansatzpunkte im »Kampf um die Köpfe«, die Anlass zur Hoffnung geben: Es gibt die Alltagserfahrung der Menschen, dass all die Lohnsenkungsprogramme, all die Einschnitte in das soziale Netz und die Hungerkuren für den Staat nicht das versprochene Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum gebracht haben. Wir beobachten: das Fundament des Neoliberalismus wird langsam brüchig. In Teilen der Wissenschaft, der Medien und in der Politik wird zunehmend auch über das Scheitern neoliberaler Politikmodelle diskutiert.

Hier setzen wir mit unserer Aufklärungsarbeit an: Unter der Überschrift »Multiplikatoren gegen den Neoliberalismus« haben wir Schulungs- und Qualifizierungsprogramme nicht nur für BildungsarbeiterInnen gestartet. Funktionäre und Mitglieder nutzen die Chance, mehr über unsere Alternativen zu erfahren und dieses Wissen an andere weiterzugeben. Zudem beziehen wir auch Bündnispartner aus Parteien, Kirchen, Sozialverbänden und aus der globalisierungskritischen Bewegung in unsere Anstrengungen ein.

Die Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung stellt wichtige Instrumente für diese Aufklärungsarbeit bereit. Das gilt auch für das vorliegende »ABC zum Neoliberalismus«. Für alle, die in der täglichen Praxis gegen den neoliberalen Mainstream ankämpfen und Aufklärungsarbeit betreiben, dürfte es eine wertvolle Grundlage liefern.



# Hans-Jürgen Urban

## Was ist eigentlich Neoliberalismus?

Eine einfache Antwort auf diese Frage fällt schwer, eine erschöpfende oder gar verbindliche Definition scheint kaum möglich. Die Auffassungen darüber, was der Begriff Neoliberalismus bedeutet, woher er kommt und worauf er zielt, sind vielfältig. Eines ist unstrittig: Die Vorsilbe »Neo« (griechisch: neu) soll signalisieren, dass sich die hier in Rede stehende Theorie grundlegend vom klassischen Liberalismus unterscheidet. Dieser war vor allem die politische Philosophie des aufstrebenden Bürgertums, das sich im 19. Jahrhundert von den Fesseln und Hürden befreien wollte, die die feudalistische Gesellschaft ihren politischen und – vor allem – wirtschaftlichen Ambitionen entgegensetzte. Schutz und Emanzipation des (Wirtschafts-)Bürgers gegenüber dem feudalen Staat und die Errichtung eines bürgerlichen Staatswesens, das die zunehmenden Wirtschaftsaktivitäten der Bürger schützt und fördert, waren die Kernforderungen. Und die Garantie des Eigentums als Grundlage marktwirtschaftlicher Aktivitäten avancierte zur Kernaufgabe des Staates.

Der Neoliberalismus ist kein Ereignis des 19. Jahrhunderts, sondern eines des 20. Jahrhunderts. Er knüpft – seinem Selbstverständnis nach – an Traditionsbestände des klassischen Liberalismus an, versucht aber, ihn unter den Bedingungen und auf der Höhe des entwickelten Kapitalismus neu zu formulieren. Sein zentraler negativer Bezugspunkt ist der Staat, insbesondere der keynesianisch-sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat. Sein zentraler positiver Bezugspunkt ist der Markt, im Zeitalter der Transnationalisierung der Ökonomie vor allem der globale Markt.

Der Neoliberalismus weist verschiedene Schattierungen und Varianten auf und es gibt unterschiedliche definitorische Zugänge zum Begriff. Eine prägnante Bestimmung enthält auch dieses Buch unter dem gleichlautenden Stichwort. Die hinter den unterschiedlichen Zugängen stehenden diversen gesellschaftstheoretischen und -politischen Traditionen will ich hier nicht erörtern. Einige konstitutive Elemente des Neoliberalismus, die vermutlich relativ breite Zustimmung unter denjenigen Akteuren finden dürften, die sich mit Fragen dieser Konzeption – wissenschaftlich oder politisch – beschäftigen, sollen gleichwohl benannt werden. In diesem Sinne ist unter Neoliberalismus eine Theorie und Strategie zu verstehen, die sich wie folgt näher fassen lässt:

- Als *politische Philosophie* stellt der Neoliberalismus eine Menschen- und Weltsicht dar, die die individuelle Freiheit des Einzelnen nahezu absolut

setzt und sie letztlich zum alleinigen Maßstab für die Bewertung gesellschaftlicher Zustände erhebt. Die Formel ist relativ simpel: Je größer und ungestörter die Spiel- und Handlungsräume des einzelnen (Wirtschafts-) Bürgers, desto freier die Gesellschaft. Und je weniger Ansprüche und Anforderungen der Einzelne an die Gesellschaft oder den Staat stellt, desto eher entspricht er dem Idealbild eines mündigen und selbstverantwortlichen Bürgers. Mehr noch: Eingriffe in die Rechte des Einzelnen, gar in seine Eigentums-, Einkommens- und Vermögensrechte enden geradezu zwangsläufig im »totalen Staat« und der »Knechtschaft der Bürger«. Lediglich die Durchsetzung und Überwachung der Regeln und Prinzipien, die zum störungsfreien Funktionieren »freier Märkte« unverzichtbar sind, dürfen in der neoliberalen Philosophie auf Anerkennung und Zustimmung hoffen.

- Als *wirtschafts- und gesellschaftspolitische Theorie* setzt der Neoliberalismus – entsprechend seiner philosophischen Prämissen – auf eine Diskreditierung jeglicher aktiv gestaltender Staatstätigkeit und auf die Propagierung des Marktes als Koordinierungsprinzip nicht nur der Ökonomie, sondern prinzipiell aller Bereiche der Gesellschaft. Alle Macht den Märkten – überall! So lautet das neoliberale Credo. Dieser imperiale Allmachtsanspruch des Marktes prägt die neoliberale Vorstellung guter Gesellschaften. Soziale Räume, in denen von gesellschaftlichen Verantwortungen freigestellte Individuen über freie Märkte in ökonomischen Austauschbeziehungen miteinander stehen und ausschließlich ihren individuellen Nutzen zu maximieren trachten, sind neoliberale Idealbilder. Mit besonderer Aggressivität werden Verpflichtungen der Eigentümer kritisiert und – wo immer möglich – bekämpft, die sich aus verbindlichen sozialen Rechten der Lohnabhängigen oder staatlichen Vorgaben ableiten. Konsequenterweise werden zudem alle Versuche, die – chronisch ungerechten – Ergebnisse der Marktökonomien nach Kriterien der Gerechtigkeit oder des sozialen Ausgleichs zu korrigieren, strikt zurückgewiesen. Vor allem wohlfahrtsstaatliche Interventionen oder gewerkschaftliche Schutz- und Verteilungspolitik gelten der neoliberalen Grundanschauung als ökonomisch ineffizient und gesellschaftlich freiheitsgefährdend.
- Als *gesellschaftspolitische Strategie* zielt der Neoliberalismus auf ein Umbauprojekt, das den durch die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung erkämpften traditionellen Wohlfahrtsstaat tiefgreifend verändern und ihn mit Blick auf seine soziale Schutz- und einkommenspolitische Umverteilungskompetenz bis zur Unkenntlichkeit zurückstutzen will. Zugleich versucht sie, die durch die wohlfahrtsstaatliche Regu-

lierung geprägte Arbeits- und Sozialverfassung der Gesellschaften des fordistischen Kapitalismus einer flächendeckenden Deregulierung und Privatisierung zu unterziehen, sie in eine möglichst unregulierte Marktgesellschaft zu transformieren. Als a priori überlegene Maßnahmen gelten Strategien, die den Weg zu einer umfassenden »Vermarktlichung« aller Politikfelder ermöglichen und vorantreiben. Das gilt für die traditionellen Felder der staatlichen Sozialpolitik (Gesundheit, Alterssicherung, Bildung usw.) wie für Sphären der Wirtschaft. Auch hier soll durch eine aggressive Politik der Deregulierung der Arbeitsmärkte der Warencharakter der Arbeitskraft wieder aktiviert und durch den Abbau von Mitbestimmungs- und Gewerkschaftsrechten einer »Vermarktlichung« von Arbeits- und Sozialbeziehungen in den Unternehmen der Weg bereitet werden.

Diese Skizze neoliberaler Theorien und Strategien ist zweifellos unvollständig und – im Sinne eines Idealtypus – abstrakt. Doch bis zur konkreten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist es oft kein weiter Weg. Das gilt zum einen für die Varianten des »Neoliberalismus pur«, wie er in großen Teilen der ökonomischen Wissenschaft, in durchaus prägenden Sektoren der Medien und in manchen Parteien des politischen Systems anzutreffen ist.

Wichtige Elemente des Neoliberalismus sind allerdings auch in den Konzepten der Neuen Sozialdemokratie präsent, die seit den 1990er Jahren in Europa »Dritte Wege« und andere neue Pfade beschreiten. Dabei stellt die Konzeption der Neuen Sozialdemokratie durchaus einen eigenen Strategieentwurf mit genuinen Elementen dar. Der »aktivierende Sozialstaat« – als Kern dieser Strategie – ist nicht mit dem neoliberalen, schlanken, aber starken Minimalstaat identisch. Insofern muss vor einer Überdehnung des Neoliberalismus-Begriffs gewarnt werden. Und nicht alles, was den traditionellen Wohlfahrtsstaat infrage stellt, sollte als neoliberale Politik gebrandmarkt werden.

Dennoch: Mit ihrer Diskreditierung umverteiler Staatsinterventionen, der Deregulierung der Arbeitsmärkte, der Privatisierung sozialer Risiken und der systematischen Privilegierung des Finanz- und Realkapitals steht die Neue Sozialdemokratie einem pragmatischen Neoliberalismus deutlich näher als Versuchen, eine solidarische Antwort auf die neuen Herausforderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu finden. Jedenfalls verschwimmen die Grenzen zwischen beiden, und somit war es notwendig, zentrale Strategiebegriffe des neu-sozialdemokratischen Strategieentwurfs in dieses Buch aufzunehmen.

Auch deshalb lautet der Titel dieses Buches nicht »ABC *des* Neoliberalismus«, sondern »ABC *zum* Neoliberalismus«. Es stellt kein neutrales Kom-

pendium der neoliberalen Theorien und Strategien dar. Die Absicht ist eine andere, politischere: Es geht um eine kritische Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus in der Perspektive seiner Überwindung.

Dazu greifen die Stichworte dieses Bandes zentrale Begriffe neoliberalen Denkens und Argumentierens auf. Sie werden mit Blick auf ihre aktuellen Relevanz vorgestellt und in ihren theoretischen Zusammenhang eingeordnet. Aber nicht nur das: In allen Stichworten werden die Konturen kritischer Gegenkonzepte skizziert, geht die Kritik des Neoliberalismus in die Beschreibung von Alternativen über. Hinzu kommen Begriffe, die nicht dem neoliberalen, sondern dem entgegengesetzten, emanzipatorischen Spektrum von Theorien und Strategien entstammen.

Das vorliegende Buch wendet sich nicht in erster Linie an Experten. Es ist vor allem für die Verwendung in der politischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gedacht – innerhalb wie außerhalb von Gewerkschaften, Parteien und sozialen Bewegungen.

Dieses Buch ist Resultat einer kollektiven Anstrengung. Viele haben daran mitgewirkt und ihnen allen möchte ich danken. Das gilt vor allem natürlich für die AutorInnen der Stichworte. Sie haben mit Engagement und einer durchaus nicht selbstverständlichen Verlässlichkeit ihre Beiträge geliefert und sich der Mühe unterzogen, komplexe und umfassende Zusammenhänge in die rigiden, aber notwendigen Platzvorgaben zu zwängen. Die LeserInnen mögen entscheiden, ob dies gelang. Danken möchte ich ebenfalls dem VSA-Verlag. Ohne seine engagierte und kompetente Unterstützung bei der umfassenden Koordinierungs- und Redaktionsarbeit hätte sich das ganze Projekt nicht realisieren lassen. Schließlich gebührt der Otto Brenner Stiftung Dank für die Aufnahme des Bandes in ihre Schriftenreihe. Es sei Ziel dieser Reihe, so Jürgen Peters, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Stiftung und 1. Vorsitzender der IG Metall im ersten Band, zu einer kritischen Gegenöffentlichkeit und politischen Gegenbewegung zum neoliberal geprägten Mainstream beizutragen. Es gehe um zeitgeistkritische Aufklärung und Interventionen in die gegenwärtigen Debatten um die Antworten auf die ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Umbrüche am Beginn des 21. Jahrhunderts.

Sollte es gelungen sein, mit dem vorliegenden Band einen Beitrag dazu zu leisten, hätte sich das Projekt mehr als gelohnt. Kritische Einwände, Anregungen und Ergänzungen sind gleichwohl jederzeit willkommen.

# Aktivierung/Eigenverantwortung

Aktivierung und Eigenverantwortung sind Schlüsselbegriffe eines neueren wohlfahrtsstaatlichen Diskurses, der seit Beginn der 1990er Jahre vor allem im Umfeld der europäischen Sozialdemokratie (New Labour, SPD usw.) geführt wird. Besonders vorangetrieben wurde er durch den einflussreichen britischen Soziologen Anthony Giddens. Im Zentrum dieser Debatte steht der Anspruch, durch die Entwicklung einer Reformstrategie des »Dritten Weges« (zwischen → »Neoliberalismus« und »klassischer Sozialdemokratie«) zu einer Neuformulierung der Grundlagen sozialdemokratischer Regierungspolitik beizutragen. Vor allem in Europa hat die Dritte-Weg-Strategie die Regierungspraxis der Sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien geprägt. Im so genannten Schröder-Blair-Papier aus dem Jahre 2001 hat sie einen prägnanten programmatischen Ausdruck gefunden.

Aktivierung und Eigenverantwortung haben in diesem Diskurs bzw. der darauf aufbauenden politischen Praxis vor allem drei Bedeutungen:

Sie bezeichnen erstens Schlüsselkategorien eines *neuen wohlfahrtsstaatlichen Leitbildes*. In diesem werden Rechte und Pflichten zwischen dem leistungserbringenden Staat bzw. der Gesellschaft und den risikogefährdeten Individuen neu zugeteilt. Zugleich wird die Verantwortung des Staates zurückgenommen, die der Bürger erhöht und der → Markt als Wohlfahrtsproduzent erheblich aufgewertet.

Zweitens benennen die Begriffe Aktivierung und Eigenverantwortung tragende Säulen einer *neuen institutionellen Wohlfahrtsarchitektur*. In dieser werden die Tragelast der Sozialstaatsfinanzierung zugunsten der Wirtschaft und zulasten der Lohnabhängigen verschoben, Leistungen reduziert und Zugangsvoraussetzungen zu sozialen Leistungen verschärft (→ Zumutbarkeit).

Und drittens wirken beide Begriffe als *regulative Ideen einer sozial- und gesellschaftspolitischen Strategie*, die den arbeitsschützenden und markt-korrigierenden Wohlfahrtsstaat des fordistischen Kapitalismus in einen kapitalfördernden und marktöffnenden → Wettbewerbsstaat überführen will. Der Deregulierung der → Arbeitsmärkte kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Im Zentrum des theoretischen Entwurfs des *aktivierenden* → *Sozialstaates* steht der selbstformulierte Anspruch, »die Prinzipien der sozialen Demokratie so zu erneuern, dass sie angemessen auf die Zwillingrevolution von Globalisierung und Wissensökonomie reagieren kann« (Giddens). In der politischen Praxis verbinden die Regierungsstrategien jedoch zumeist eine

Rhetorik der Sozialstaatserhaltung und -Modernisierung mit einer Politik des Sozialstaatsum- und Rückbaus.

Der aktivierende Sozialstaat verabschiedet sich nicht nur vom Anspruch einer marktkorrigierenden Schutz- und Verteilungspolitik, sondern zugleich von der Idee der sozialen Bürgerrechte im traditionellen Sinne. Die Verantwortung des Sozialstaates für das Wohlergehen des Einzelnen und die Wohlfahrt der Gesellschaft wird systematisch ab- und die soziale Bringschuld des Einzelnen gegenüber dem Gemeinwohl (und damit vor allem gegenüber der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Entlastung des Steuerstaates) wird systematisch aufgewertet.

Das zentrale Defizit der aktivierenden Sozialpolitik bzw. des aktivierenden Sozialstaates liegt in seiner zu einseitigen Problemanalyse. Vor allem fehlt ihm ein tieferes Verständnis für die Notwendigkeit einer marktkorrigierenden Umverteilungspolitik. Er ignoriert die Grenzen der Aktivierbarkeit von Arbeitslosen und sozial Schwachen und die immanente Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen sowie sozialem und kulturellem Kapital in privatkapitalistischen Marktgesellschaften. Stattdessen verschiebt er Problemursachen und Handlungsanforderungen in die Verantwortung des Einzelnen. So arbeitet er systematisch mit dem Verdacht mangelnder Fähigkeit oder Bereitschaft sozialstaatlicher Leistungsempfänger zur selbstständigen Bewältigung sozialer Probleme. Entsprechend konzentriert sich der aktivierende Sozialstaat auf die Förderung von Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbsthilfe sowie die Androhung und Praktizierung von Sanktionen für den Fall, dass der Einzelne den an ihn gerichteten Erwartungen nicht gerecht wird.

Der aktivierende Sozialstaat teilt somit keine sozialen Sicherheitszusagen, sondern individuelle Wettbewerbsressourcen zu. Er will die Verteilungsergebnisse des → Marktes nicht korrigieren, sondern allenfalls den Einzelnen dabei unterstützen, durch eine Verbesserung der individuellen Marktposition aus dem sozialstaatlichen Leistungsbezug heraustreten zu können.

Emanzipatorische Gegenentwürfe zum aktivierenden Sozialstaat müssen zum einen die Korrektur- und Ergänzungsbedarfe des kapitalistischen Marktes akzeptieren. Und sie sollten die Beziehungen zwischen Individuum, Gesellschaft und Sozialstaat anders konzipieren:

Gerade globalisierte, wettbewerbsintensive Märkte erzeugen soziale Risiken (Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut, vorzeitigen Gesundheitsverschleiß usw.) für die Lohnabhängigen, die durch staatliche Beschäftigungspolitiken und öffentliche Systeme des Sozialschutzes ausgeglichen werden müssen. Und die soziale Ungleichverteilung von Wettbewerbsressourcen wie Einkommen, → Gesundheit und soziales sowie kulturelles Kapital untergräbt

für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen die Fähigkeit, sich erfolgreich am Markt zu positionieren oder soziale Notlagen selbstständig zu bewältigen. Daher müssen auch neue emanzipatorische Sozialstaatsentwürfe die Unverzichtbarkeit kompensierender und umverteilender Staatsinterventionen sowie belastbarer sozialer Rechte beinhalten.

Auf dem Fundament sozialer Sicherheit durch verbindliche Rechte und sozialstaatlicher Umverteilung kann auch über nichtstaatliche Beiträge zur allgemeinen Wohlfahrtsproduktion nachgedacht werden. Wo private oder öffentliche Arbeitsplätze angeboten werden, die vorhandenen Fähigkeiten der Arbeitssuchenden aber nicht ausreichen, können Qualifizierungs- und Coaching-Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen sinnvoll sein (→ Employability, → Empowerment).

Doch vor Illusionen sei gewarnt: Die Aktivierung der Wohlfahrts*gesellschaft* kann einen funktionierenden Wohlfahrts*staat* nicht ersetzen, allenfalls ergänzen. Auch soziale Unterstützungsnetzwerke und Selbsthilfegruppen sind in der Regel auf professionelle Anleitung und öffentliche Unterstützung angewiesen. Und dies ist nur durch einen intervenierenden Staat zu gewährleisten. Denn ohne einen umverteilungsfähigen und -willigen Staat werden sich die Verteilungsansprüche des Kapitals und der gesellschaftlichen → Eliten nicht im Zaume halten lassen und werden die zur Förderung der Wohlfahrts*gesellschaft* notwendigen Finanzmittel nicht zu beschaffen sein. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis sollte über neue Formen der Kooperation von Bürgern, Gesellschaft und Wohlfahrts*staat* nachgedacht werden.

*Hans-Jürgen Urban*

### **Zum Weiterlesen**

- Dingeldey, I. (2006): Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 8-9, S. 3-9.
- Giddens, A. (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt/M.
- Klammer, U./Leiber, S. (2004): Aktivierung und Eigenverantwortung in europäisch-vergleichender Perspektive, in: WSI Mitteilungen, H. 9, S. 514-521.
- Schröder, G./Blair, T. (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 7, S. 888-896.
- Urban, H.-J. (2004): Eigenverantwortung und Aktivierung. Stützpfiler einer neuen Wohlfahrtsarchitektur?, in: WSI Mitteilungen, H. 9, S. 467-473.

# Neoliberalismus

Neoliberalismus ist kein exakt definierter Terminus technicus im wissenschaftlichen Sinn, aber als Bezeichnung für eine aktuelle Denkweise in der politischen Ökonomie und als Umschreibung einer bestimmten Orientierung politischen Handelns ist klar, was unter Neoliberalismus zu verstehen ist.

Die neoliberale Weltformel lautet schlicht: Überlasst alles den Marktkräften und haltet euch an den → Kapitalismus, wenn ihr in der besten aller Welten leben wollt. Dabei sind wesentliche Abstriche an der Neuauflage des klassischen, über 200 Jahre alten → Laissez faire-Postulats aus der Zeit des frühen Industriekapitalismus nicht vorgesehen. Im Gegenteil werden die wirtschaftlichen und sozialen Probleme gerade auf die Eingriffe in die Marktprozesse und die staatlich gesetzten Grenzen völliger Marktfreiheit zurückgeführt. Dieser Glaube an die Selbstoptimierung des Marktes legitimiert die Angriffe gegen den Sozialstaat, gegen Arbeitnehmerrechte, gegen die staatlichen Vorsorge- und Fürsorgeleistungen und führt im internationalen Bereich zu den Zwangsmaßnahmen gegen den sinnvollen protektionistischen Selbstschutz der Schwellenländer und Entwicklungsökonomien.

Der Neoliberalismus stellt die Entartung eines sinnvollen Grundgedankens dar. Heute wird kaum noch Zweifel daran möglich sein, dass ein funktionsfähiges Wirtschaftssystem → Märkte braucht und Angebot und Nachfrage wesentlichen Einfluss auf die Preisbildung haben sollen. Doch der Neoliberalismus zielt darauf, alle Lebensbereiche dem Marktmechanismus zu unterwerfen und die Verwandlung von Mensch, Natur und Moral in Waren grenzenlos auszuweiten. Neoliberalismus ist der Totalitarismus des Marktes und er ist inhuman, unsittlich und bei der Lösung der Zukunftsaufgaben ineffizient. Er steht einer nachhaltigen Entwicklung immer wieder im Wege.

Der Neoliberalismus liefert ein politisches Handlungskonzept und bildet den ideologischen Überbau der Machtstrukturen des gegenwärtigen Kapitalismus. Er zielt auf die Legitimation der globalen Vormachtstellung der Reichen – der reichen Nationen und der reichen Klasse dieser Volkswirtschaften. Wie jede Ideologie ist er darauf angelegt, die von ihm legitimierten Interessen und politischen Handlungsvorgaben als dem Gemeinwohl entsprechend, im Interesse aller liegend zu deklarieren.

Der historische Anstoß für den ideologischen Klimawechsel seit den 1970er Jahren liegt im Ausbruch der neuen Wachstumskrise der kapitalistischen Welt. Sie zeigte sich in nachlassender gesamtwirtschaftlicher Investitionsdynamik und verstärkten Anstrengungen, über Rationalisierungsmaßnahmen und Marktanteils Wettbewerb das einzelwirtschaftliche Wachstum doch noch



aufrecht zu erhalten. Aus dieser Konstellation erklären sich alle Besonderheiten der jüngeren wirtschaftsgeschichtlichen Vergangenheit wie die Zunahme des Wettbewerbs und Ablösung des Wachstums- durch den Verdrängungswettbewerb sowie die Verschiebung der Kapitalanlagen von der Sachkapitalakkumulation auf den Finanzsektor mit all seinen spekulativen Auswüchsen und verlustreichen Zusammenbrüchen. Diese Verschiebungen weg zu Finanzanlagen, Unternehmensaufkäufen und Fusionen erklärt den extremen Anstieg der internationalen Direktinvestitionen: Zwischen 1980 und 2000 nahm der internationale Handel doppelt so rasch zu wie die Produktion, aber die Direktinvestitionen stiegen zehnfach so schnell.

Es gelang den Vertretern des Neoliberalismus, den Interventionismus für die aufziehende Misere der kapitalistischen Länder verantwortlich zu machen. Auf Seiten der → Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien fehlte eine klar umrissene theoretische Gegenposition und das zum Widerstand erforderliche ideologische Bewusstsein. Theoriediskussionen galten den »Realpolitikern« als lästige Störung für den politischen Alltagspragmatismus. Wer damals von Krise sprach, wurde mit dem Schlagwort von der »Krise der Gehirne« abgekanzelt. Der Zeitgeist propagierte das »Ende aller Ideologien«, tatsächlich aber wurde so das ideelle Vakuum erzeugt, das von den neoliberalistischen Nebeln gefüllt werden konnte.

Der Neoliberalismus findet breite Unterstützung von Seiten der privatwirtschaftlichen Medien, der aus dem Mehrwert dotierten Denkfabriken und der karriereförderlichen Seilschaften inner- und außerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen communities. Hinzu kommt die ideologische Lähmung der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien. Der Neoliberalismus profitierte von der Schwäche der sozialen Bewegung, die eine Reihe von Niederlagen verkraften musste. Davon wird sie sich wieder erholen, und sie wird ihren Kampf für Gerechtigkeit, Menschenwürde und gesellschaftlichen Fortschritt weiter führen – letztlich mit Erfolg. Dabei geht es nicht darum, den Markt zu verteufeln, sondern ihn zivilgesellschaftlich zu beherrschen.

*Karl Georg Zinn*

### **Zum Weiterlesen**

- Ptak, R. (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen.
- Walpen, B. (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society, Hamburg.
- Zinn, K.G. (2003): Neoliberalismus und Globalisierung. Krisenreaktionen im Kapitalismus der Gegenwart, in: J. Bischoff/J. Hirsch/K.G. Zinn: Globalisierung – Neoliberalismus – Alternativen, Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 12.

# Sachverständigenrat

Das »Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« (SVR) ist seit dem 14. August 1963 in Kraft. Die Gründung dieses Rats galt einerseits dem Ziel, die »periodische Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland« vorzunehmen. Andererseits sollte der makroökonomische Rat »zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit« dienen.

Die Gründung des SVR war sinnvoll, denn die durch einen riesigen Nachfrageüberhang vorangetriebene wirtschaftliche Expansion zeigte Ende der 1950er Jahre erste Schwächen. Viel langsamer als in der Wirtschaftswissenschaft setzte sich die makroökonomische Analyse und darauf aufbauend eine Politik zur Verstetigung des Wirtschaftswachstums und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit durch. Dazu gehört auch die »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)«, die → Ludwig Ehrhard noch als Einstieg in die »Planwirtschaft« verteuflte. Sie liefert Informationen über die makroökonomischen Aggregate, wie Bruttoinlandsprodukt, privater und öffentlicher Konsum, Investitionen, Exporte und Importe sowie die Einkommensverteilung. Die Gründung des Rats der »Fünf Weisen« wurde zum Meilenstein für die Durchsetzung der Wirtschaftspolitik, die John Maynard Keynes aus den bitteren Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise entwickelt hatte. Das Etikett für dessen deutsche Variante, das Karl Schiller schuf, lautete Globalsteuerung.

Sein erstes Jahresgutachten legte der Rat 1965 unter dem Titel »Stabiles Geld – Stetiges Wachstum« vor. Das »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« von 1967 geht maßgeblich auf dessen Beratung zurück. Die lange Geschichte bis zur Vorlage des 45. Jahresgutachtens im November 2006 zeigt den Anfang der 1970er Jahre eingeleiteten und Jahr für Jahr forcierten Ausstieg aus der gesamtwirtschaftlichen Steuerung zugunsten der neoklassischen Entfesselung der Marktkräfte durch die »Vierermehrheit«, dem immerhin regelmäßig ein Minderheitsvotum beigelegt ist. Die noch geltende Berufungspraxis sorgt dafür, dass wenigstens ein der gesamtwirtschaftlichen Analyse und Politik verpflichteter Wirtschaftswissenschaftler im Rat vertreten ist. Die Auswahl der Räte, die von der Bundesregierung benannt werden, hat dazu geführt, dass neben dem den → Gewerkschaften zugerechneten Wissenschaftler mit der Vierermehrheit das von den Unternehmerverbänden forcierte Leitbild Marktorthodoxie dominiert.

Am Anfang steht das theoriegeschichtlich »revolutionäre« Ziel, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und Wirtschaftswachstum zu verstetigen. Im Jahr 1968

wird unter Vorsitz des später zur → Neoklassik konvertierten Herbert Giersch der Entdeckung der Vollbeschäftigungspolitik »der Charakter einer gesellschaftlichen Revolution« zugesprochen – mit dem Ziel, die »industrielle Reservearmee« endgültig zu verbannen. Bereits Anfang der 1970er vollzieht sich der Abschied vom keynesianischen Paradigma. Der → Monetarismus setzt sich in Westdeutschland durch. Die Bekämpfung der Inflation durch die Notenbank wird zur ordnungspolitischen Spielregel, egal, was es an Beschäftigung kostet. Dagegen wird die Arbeitslosigkeit aus dem Zielsystem der aktiv gestaltenden Wirtschaftspolitik verbannt. Sie soll zur Lohnsenkung und zum Verzicht auf Beschäftigungs- und Sozialpolitik genutzt werden. 1975 bekennt sich der SVR endgültig zur Allmacht kapitalistischer Verwertung. In der nachfolgenden Beratungspraxis wird schließlich die Tautologie erfunden: Wenn die Arbeitslosigkeit zu hoch ist, sind die Löhne zu hoch, weil die Löhne immer zu hoch sind, wenn die Arbeitslosigkeit existiert. Die Beratung durch die SVR-Vierermehrheit wird geschichtslos, endzeitlich. Egal, welche ökonomischen Probleme sich wie kumulieren, mit umfänglichen Erklärungen wird am Ende die Entfesselung von Marktdynamik (→ Markt) gefordert.

Lohnt sich dieser Sachverständigenrat noch? Der Mehrheitsrat hat mit seiner konzeptionellen Redundanz eine Akzeptanzkrise erzeugt. Die Jahresgutachten werden kaum noch gelesen und rezipiert, was am Umfang mit über 750 Seiten, der zum Teil rechthaberischen Argumentation und der einseitigen Konzepten zulasten der von Arbeitsplätzen Abhängigen liegt. Sicherlich verdient die empirische Beschreibung der Lage und Entwicklung Anerkennung. Der öffentlich finanzierte SVR hat jedoch nur auf der Basis einer grundsätzlichen Reform weitere Existenzberechtigung: Der Auftrag, Wege aufzuzeigen, die zu hohem Beschäftigungsstand, Geldwertstabilität, stetigem Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht führen, muss endlich wieder eingehalten werden. In das Beratungskonzept ist der »ökologische Umbau« einzufügen. Im SVR sollten unterschiedliche Strömungen der Wirtschaftswissenschaft sowie auch andere, relevante Disziplinen stärker berücksichtigt werden. Eine Quotierung für Wissenschaftlerinnen ist dringend erforderlich. Seit 1964 ist erstmals 2003 eine Frau in das Beratungsgremium aufgenommen worden. Die Arbeit des Rats muss alle fünf Jahre einer externen Evaluation über die Diagnosen, Prognosen, Vorschläge und die Folgen unterzogen werden.

*Rudolf Hickel*

### **Zum Weiterlesen**

Schlecht, O. (Hrsg.) (1995): 30 Jahre Sachverständigenrat, Krefeld.  
Strätling, A. (2001): Sachverständiger Rat im Wandel, Marburg.

# Autorinnen und Autoren

Elmar Altvater, Dr. Professor i.R. für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Hans-Jürgen Bieling, Dr., Juniorprofessor am Institut für Politikwissenschaften der Philipps-Universität Marburg.

Heinz Bierbaum, Dr. Professor im Fachbereich Betriebswirtschaft an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes und Leiter des INFO-Instituts, Saarbrücken.

Joachim Bischoff, Dr., Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Hamburg, Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus«.

Reinhard Bispinck, Dr., Referatsleiter für Tarifpolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, Leiter des WSI-Tarifarchivs.

Heinz-J. Bontrup, Dr., Professor für Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Gelsenkirchen, Mitglied der »Memorandum-Gruppe« und des Wissenschaftlichen Beirats des Progress Instituts für Wirtschaftsforschung mbH Bremen.

Ulrich Brand, PD, Dr., Politikwissenschaftler, lehrt im internationalen Studiengang Politikmanagement an der Hochschule Bremen, Mitglied in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Kai Burmeister, Gewerkschaftssekretär im Funktionsbereich Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen/Strategische Planung beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M.

Alex Demirović, Dr., lehrt Politikwissenschaft und politische Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt/M., Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Frank Deppe, Dr., Professor i.R. für Politikwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg, Mitglied im Beirat von WISSENTransfer.

Klaus Dörre, Dr., Professor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Christoph Ehlscheid, Ressortleiter Strategische Planung im Funktionsbereich Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen/Strategische Planung beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M.

Dieter Eißel, Dr., Professor für politische Wissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Fritz Fiehler, Dr., freier Journalist auf dem Gebiet Währung, Kapitalmarkt und Konjunktur, Schönbüll.

Andreas Fisahn, Dr., Professor für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht, Rechtstheorie an der Universität Bielefeld. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Thomas Gerlinger, Dr., Professor für Medizinische Soziologie und Direktor des Instituts für Medizinische Soziologie am Fachbereich Medizin der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt/M.

Axel Gerntke, Gewerkschaftssekretär im Funktionsbereich Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen/Strategische Planung beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M.

- Sven Giegold, Wirtschaftswissenschaftler und Sprecher der Attac-AG Steuerflucht und Steuerpolitik sowie Vorsitzender des Internationalen Netzwerks Steuererechtigkeit ([www.taxjustice.net](http://www.taxjustice.net)).
- Arne Heise, Dr., Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
- Wilhelm Heitmeyer, Dr., Professor für Sozialisation an der Universität Bielefeld.
- Friedhelm Hengsbach SJ, Dr., Professor i.R. für Christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen, Frankfurt/M.
- Rudolf Hickel, Dr., Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen, Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW). Mitglied der »Memorandum-Gruppe« und im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
- Dierk Hirschel, Dr., Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, Berlin.
- Jörg Huffschmid, Dr., Professor i.R. für politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität Bremen, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und in der Euro-Memorandum-Gruppe.
- Klaus Peter Kisker, Dr., Professor für Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin. Mitglied im Beirat von WISSENTtransfer.
- Anna Klein, Mitglied der AG Sozialarbeit/Sozialpädagogik an der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld.
- Bettina Köhler, promoviert an der Universität Kassel, Redaktionsmitglied des »Journal für Entwicklungspolitik«, Wien.
- Michael R. Krätke, Dr., Professor für Politische Wissenschaften und Ökonomie an der Universität Amsterdam.
- Stephan Krüger, Dr., Unternehmensberater für Belegschaften und ihre Repräsentanten (Betriebsräte, Arbeitnehmer-Vertreter in Aufsichtsräten und Gewerkschaften), Berlin.
- Stephan Lessenich, Dr., Professor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
- Christoph Lieber, Verlagsmitarbeiter und Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«, Hamburg.
- Peter Lock, Dr., Koordinator der European Association for Research on Transformation e.V. und freier Sozialwissenschaftler, Hamburg.
- Birgit Mahnkopf, Dr., Professorin für Europäische Gesellschaftspolitik an der Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
- Harald Mattfeldt, Dr., Professor am Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien an der Universität Hamburg.
- Manfred Moldaschl, Dr., Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Universität Chemnitz.
- Albrecht Müller, Nationalökonom, Autor und Journalist, Politik- und Unternehmensberater, Herausgeber von [www.NachDenkSeiten.de](http://www.NachDenkSeiten.de), Pleisweiler.
- Ulrich Müller, Politikwissenschaftler, geschäftsführender Vorstand des Vereins »LobbyControl«, Köln.

Jörg Nielandt, Sozialwissenschaftler, arbeitet als Referent im Gesundheitswesen, Berlin.

Norman Paech, Dr., MdB, Professor i.R. für öffentliches Recht an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Mitglied in den wissenschaftlichen Beiräten von IALANA, IPPNW und FIAN, Mitglied im Beirat von WISSENTTransfer.

Lothar Peter, Dr., Professor i.R. für Soziologie mit dem Schwerpunkt Arbeits-, Industrie- und Betriebssoziologie an der Universität Bremen.

Jürgen Peters, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Otto Brenner Stiftung und 1. Vorsitzender der IG Metall, Frankfurt/M.

Klaus Pickshaus, Ressortleiter Arbeits- und Gesundheitsschutz beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M.

Dieter Plehwe, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung »Internationalisierung und Organisation« am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Ralf Ptak, Dr., Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre am Sozialwissenschaftlichen Seminar der Universität zu Köln. Mitglied in der »Memorandum-Gruppe« und im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Norbert Reuter, Dr., Volkswirt, Gewerkschaftssekretär beim Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Berlin, Bereich Wirtschaftspolitik, Mitglied der »Memorandum-Gruppe«.

Edelbert Richter, Dr., Theologe, bis 2002 Bundestagsabgeordneter der SPD, Lehrbeauftragter für Philosophie an der Universität Weimar, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Bernd Röttger, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Jena.

Werner Rügemer, Dr., Publizist, Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln zum Thema »Kommune und Globalisierung«.

Thomas Sablowski, Dr., Vertretungsprofessur am Institut für Politikwissenschaft der Universität Marburg.

Michael Schlecht, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Berlin.

Ingo Schmidt, Dr., Assistant Professor, University of Northern British Columbia, Kanada. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Nikolaus Schmidt, Gewerkschaftssekretär im Funktionsbereich Wirtschaft, Ressort Industriepolitik, beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M.

Oliver Schöller, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung »Innovation und Organisation« am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Thorsten Schulten, Dr., Referatsleiter für Arbeits- und Tarifpolitik in Europa im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Franz Segbers, Dr., Professor für Sozialethik am Fachbereich Evangelische Theologie der Universität Marburg.

Peter Sitzer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.

Christoph Spehr, Dr., Sozialwissenschaftler und Publizist, Bremen.

Brigitte Stolz-Willig, Dr., Professorin im Fachbereich Sozialarbeit an der Fachhochschule Frankfurt/M.

Hans-Jürgen Urban, Dr., Leiter des Funktionsbereichs Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen/Strategische Planung beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M.

G. Günter Voß, Dr., Professor für Industrie- und Techniksoziologie am Institut für Soziologie der Technischen Universität Chemnitz.

Hilde Wagner, Dr., Gewerkschaftssekretärin im Funktionsbereich Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M.

Peter Wahl, Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, Berlin, Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.

Bernhard Walpen, Dr., Sozialwissenschaftler, Luzern, Redakteur im Themenbereich Wirtschaftsgeschichte der Zeitschrift »Sozial.Geschichte«.

Margit Walter, Dr., Ökonomin, Göttingen.

Christiane Wilke, Leiterin des Funktionsbereichs Frauen- und Gleichstellungspolitik beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt/M.

Christian Zeller, Dr., Oberassistent am Geographischen Institut der Universität Bern.

Karl Georg Zinn, Dr., Professor i.R. der Volkswirtschaftslehre an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.